„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Böll, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wochenausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate, 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Auferstehung.

Wie im Leben des einzelnen Menschen und der einzelnen Familie so gibt es auch im Leben der Völker Perioden des Aufstiegs und Niedergangs. Es gibt vorübergehende Krankheitserscheinungen, die ein gesunder Organismus überwindet, die vielleicht sogar zur Entfaltung neuer Kräfte anspornen, es gibt Schicksalsschläge, die das stolze Haupt in Ehrfurcht vor einer höheren Macht beugen, es gibt Anzeichen des Verfalls, der langsam, aber unaufhaltsam dem Ende zuführt. Nicht derjenige ist der wahrhaft Große, der kampf- und mühelos von Erfolg zu Erfolg fliegt, dem die Himmlischen das Glück wie blühende Rosen in den Schoß werfen, der umschmeichelt, verherrlicht und beneidet wird. Weit größer ist jener, der den Daseinskampf bis zum bitteren Ende durchführen muß und doch unverzagt dem Schicksal die Stirne bietet, mag er vielleicht in den Augen der Welt auch verachtet, klein und unbedeutend gelten. Er ist ein Held, weil er ein großherziger und starkmütiger Mensch ist, weil er über dem Wirrsal des Lebens einen ewigen Stern leuchten sieht, dem er unbeirrt zustrebt.

Halten wir einen Augenblick inne! Vergleichen wir mit dieser Schilderung das Schicksal, das Auf und Nieder unseres eigenen deutschen Volkes!

Wir alle gehören zu diesem großen deutschen Volke. Wir sind durch die Bande der Sprache und des Blutes mit ihm verkettet. Mögen wir im alten Europa Bürger Rußlands, der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie oder irgendeines anderen Staates gewesen sein, wir sind doch Deutsche geblieben, ebenso wie unsere edlen und mannhaften Vorfahren, die ausgezogen sind, um die Steppen am Schwarzmeer oder das Wolgatal zu kolonisieren, um die Wildnis des Banats, wo ehedem der Türke hauste, mit deutschem Fleiß in blühende Gefilde zu verwandeln. Wir bleiben auch in unserer neuen Heimat Canada der Rasse nach deutsch. Das hindert uns nicht, ergebene Untertanen des Königs von England zu sein und mit deutscher Treue und Tüchtigkeit unsere besten Kräfte für den Aufbau eines großen und mächtigen Canada einzusetzen. Wir bleiben der Rasse nach deutsch, solange unser deutsches Blut nicht durch fremde Beimischungen verfälscht und verwelscht ist.

In alle Weltteile wurden unsere Volksgenossen seit Jahrhunderten verstreut und verweht. Manche sind untergegangen im Strome anderer Völker, sind „Kulturdünger" geworden, haben das Blut anderer Nationen aufgefrischt. Andere haben sich und ihre Eigenart behauptet, haben sich deutsche Sprache und deutsche Sitte nicht rauben lassen, stehen heute noch so aufrecht da wie ihre Ahnen und Urahnen, obwohl sie vielleicht nie das Land ihrer Väter, ihr altes Vaterland, geschaut und betreten haben. Ganze Bände ließen sich schreiben über das seelische Leid und die materielle Not unserer deutschen Brüder. Noch heute, oder heute erst recht, ringen Millionen von Volksgenossen um ihre kulturelle und wirtschaftliche Existenz. Ein Blick auf Südtirol genügt.

Der Weltkrieg und sein unglückseliger Ausgang haben das Los unseres Volkes in aller Welt unendlich erschwert. Häßliche Lügen und übelste Verleumdungen wurden gegen uns ausgestreut. Es fiel das schändliche Wort, es seien 20 Millionen Deutsche zuviel auf diesem Erdball. Man suchte uns nicht nur politisch und militärisch, sondern auch wirtschaftlich wehrlos zu machen. Wir sollten die Lohnsklaven und Heloten der übrigen Mächte werden. Man wollte in nationalem Dünkel und verblendetem Hochmut die Welt ohne den Deutschen regieren. Man ging sogar so weit, daß man die unsterblichen deutschen Meisterwerke der Musik und Dichtkunst von den Bühnen der Weltstädte verbannte, daß man deutsche Forscher und Gelehrte von internationalen Kongressen ausschloß, von so manchen Lächerlichkeiten ganz zu schweigen.

Doch mit froher Gewißheit dürfen wir heute erklären, daß unser Volk seinen tiefsten Punkt bereits überschritten hat und in neuem Aufstieg begriffen ist. Ist der Weg auch rauh und steil, türmen sich noch berghohe Hindernisse auf — wir dürfen doch schon wieder die beseligende Hoffnung hegen, daß auf den Karfreitag ein Ostermorgen, eine Auferstehung, folgt. Jene, die unser Volk vor 10 Jahren ans Kreuz geschlagen, verhöhnt und verlästert haben, sind langsam zur Einsicht erwacht, daß man ein Hundertmillionenvolk nicht dauernd in dunkle Grabesgruft einschließen kann, ja daß man es sogar braucht, will man nicht den kulturellen und materiellen Fortschritt um Jahrzehnte zurückhalten. Kann es auch anders sein? Ohne nationale Ueberhebung dürfen wir von unserem Volke behaupten, daß es über wertvolle Eigenschaften verfügt, die jedem Lande und der ganzen Welt zum Heile und Segen gereichen können. Unsere Kulturkräfte, die seit Jahrhunderten mannigfaltig erprobt worden sind, haben auch dem 20. Jahrhundert Großes und Schönes zu geben. Bedarf es noch der Anführung besonderer Beispiele?

Wir selbst aber wollen in diesen Tagen den Glauben an die unversiegbare und unüberwindliche Kraft, an die Zukunft und an die Auferstehung unseres Volkes in uns erneuern und im Bewußtsein unserer Aufgabe darnach streben, daß auch auf dem Boden unserer neuen Heimat Canada sich zu ihrem Wohle deutsche Tugenden und deutsche Tatkraft entfalten.

„Was halten Sie vom K. K. K.?"

Kürzlich besuchte uns ein deutscher Farmer und stellte uns die direkte Frage: „Was halten Sie vom K. K. K.?" (gemeint ist der Ku Klux Klan). Vielleicht gibt es noch mehr deutschsprechende Freunde, die gerne eine Antwort auf diese Frage haben möchten. Daher wollen wir hier das wiederholen, was wir dem ersten Fragesteller erwidert haben.

Der Ku Klux Klan ist trotz aller Ableugnungsversuche seitens seiner Anhänger eine Ausgeburt des Rassenhasses der amerikanischen Südstaaten und von den Vereinigten Staaten nach Canada importiert worden, als dort der Stern des Klan im Sinken begriffen war. Was die inzwischen selle gewordenen Amerikaner in die Rumpelkammer werfen, das sollen wir Canadier in unser Land einführen. Statt des hundertprozentigen Amerikanertums, auf das die Kukluxer in den Staaten pochten, will man uns glauben machen, der Klan trete in Canada für hundertprozentiges Britentum ein, das nur einen Glauben, eine Sprache und eine Flagge kennen soll. Mit solchen Mätzchen kann man wohl noch alte, unverbesserliche Fanatiker, für die der Weltkrieg um zehn Jahre zu kurz war, aus den Mauslöchern hervorlocken, aber fürwahr keinen vernünftigen und klardenkenden Canadier, der erkennt, daß die nationale Einigkeit Canadas nur auf religiöser und nationaler Duldsamkeit aller, gegen alle aufgebaut sein kann. Canada kann nicht in ein Land mit einer Religion und einer Sprache umgewandelt werden. Dagegen würden sich unsere französisch-canadischen Mitbürger mit der ganzen Kraft ihres Nationalstolzes zur Wehr setzen. Der Ku Klux Klan sollte einmal in der alten Provinz Quebec versuchen, gegen die religiöse und nationale Eigenart der Französisch-Canadier Sturm zu laufen; er würde sich bald den Schädel eingerannt haben. Hier im Westen hat er anscheinend etwas leichteres Spiel, weil es unter den Westcanadiern immer Leute gibt, die mit irgendeiner verrückten amerikanischen Idee sympathisieren, namentlich wenn man ihnen weis macht, es gelte, die „britische Zivilisation" und die „brittischen Regierungseinrichtungen" gegen die überhand nehmende Macht der „Foreigners" und „Bohunks" zu verteidigen. Es ist bekanntlich nichts so dumm, es findet doch sein Publikum.

Leider gibt es auch unter den Fremdgeborenen und ihren mehr oder minder canadisierten Nachkommen immer eine genügende Zahl, die sich von irgendeinem klugseinwollenden Mann vorschwätzen lassen, daß sie als Canadier auf einer höheren Kulturstufe stehen als wenn sie Deutsche oder andere wären. Die Folge dieser Leichtgläubigkeit und Torheit ist, daß man seine guten nationalen Charaktereigenschaften und seine nationale Eigenart (Sprache, Sitte, sogar seinen guten deutschen Namen, der ein ehrwürdiges Erbstück unserer Väter ist) wie ein zerschlissenes Hemd auf den Lumpenhaufen wirft. Können die Kukluxer solche „Foreigners" ernst nehmen, oder müssen sie nicht noch in ihrem Glauben bestärkt werden, daß sie ein nützliches und verdienstvolles Werk vollbringen, wenn sie die Fremdgeborenen zu waschechten Briten bekehren und ihnen jede Erinnerung und Anhänglichkeit an die tiefe, und schöne Kultur des deutschen Volkes aus dem Herzen reißen? Wir selbst liefern den „Rittern vom Nachthemd" die Waffen gegen uns, ermutigen sie durch unsere Schwächlichkeit und Nachgiebigkeit und leisten ihnen durch unser unbezähmbares Streben nach Verenglischung noch Vorschub.

Ein Freund des „Courier" in Moose Jaw sandte uns kürzlich ein Moose Jawer Blatt, in dem die Rede eines Klanagitators, eines Dr. J. H. Hawkins, im Wortlaute abgedruckt ist. Moose Jaw hat immer den Vorrang gehabt, wenn es um solche Bewegungen ging. Dr. Hawkins entpuppt sich in seiner keineswegs geistreichen Rede, wie unser Freund ganz richtig bemerkt, als ein Feind der christlichen deutschen Einwanderer. Der Kukluxer führt wörtlich (in deutscher Uebersetzung) aus:

„Ich möchte Euch, Männer und Frauen von Saskatchewan, heute Abend sagen, daß die Zeit gekommen ist, da Ihr wie niemals zuvor Euere Dominion bewachen müßt. Ihr müßt die Lage erkennen, die Euch bevorsteht, und als Männer wie eine feste Mauer dastehen gegen das Eindringen in Eure Dominion von jenen, die nicht assimiliert werden können, die ihre eigenen Ideale, ihre eigenen Schulen und ihre eigenen Kirchen haben und sich weigern, Eure Sprache zu lernen. Der Klan erklärt heute Abend frei und frank, ohne irgendeinen Vorbehalt, daß die englische Sprache in Canada gut genug für jeden Menschen ist, der unter dieser Flagge lebt; und wenn Ihr nicht gewillt seid, die Sprache der Flagge zu sprechen, die Euch schützt, dann geht zu dem Lande, wo diese Sprache nicht gesprochen wird!"

Wer solche Worte hört und noch einen Funken Gefühl für sein Kostbarstes und Heiligstes, für seine Muttersprache, für seine Kinder, für seine Kirche und für seine Ideale, im Herzen trägt, für den ist die Frage sofort beantwortet: „Was halten Sie vom K. K. K.?" Der Dr. Hawkins hätte solche Worte gewiß nicht in Quebec auszusprechen gewagt, wohl aber in der westcanadischen Musterstadt Moose Jaw, wo „brittische Zivilisation" Trumpf ist. Der Ku Klux Klan würde auch im Westen den Mund nicht so weit aufreißen, wenn die Fremdgeborenen mit mehr Kraft und Nachdruck für ihre guten nationalen Eigenarten eintreten würden. Wenn aber — was fast unglaublich, aber doch wahr sein soll — sogar Deutschsprechende sich an die Rockschöße des Klan hängen, so braucht man sich über nichts zu wundern. Da muß es heißen: Mehr Selbstachtung! Mehr Stolz auf unser Deutschtum! Mehr Charakterfestigkeit! Unsere deutschamerikanischen Brüder haben den Ku Klux Klan bekämpft; wir Deutschcanadier müssen dasselbe tun.

In allen stürmisch bewegten Zeiten sind so ähnliche radikale Bewegungen wie der Ku Klux Klan aufgetaucht. Auch der Weltkrieg mit seinem Völkerhaß, seiner wüsten Verhetzung, seinen traurigen Folgen für fast alle Nationen hat solche Sumpfblasen hochgetrieben. Sie zerplatzen ebenso schnell, wie sie auftauchen. Beweise dafür ließen sich genügend anführen. Die Regel ist, daß alle radikalen Bewegungen an ihrem eigenen Radikalismus zugrunde gehen, was auch dem Klan blühen wird, und was wir ihm von Herzen wünschen müssen, im Interesse der nationalen Einigkeit des canadischen Volkes.

Weltumschau

Keine Aussicht auf Abrüstung Die Tatsache, daß es der Abrüstungs-Vorbereitungskommission in der letzten Sitzungsperiode unmöglich war, irgend eine Vereinbarung zustande zu bringen, hatte zur Folge, daß sich im deutschen Auswärtigen Amt eine pessimistische Ansicht über den Völkerbund entwickelte. Einige Regierungsbeamte sind jetzt sogar bereit, den ganzen Völkerbund als „vollständigen Fehlschlag" zu bezeichnen.

Es wird erklärt, daß sich die Verhandlungen des Abrüstungsausschusses seit Jahr und Tag weniger um das Abrüstungsproblem als um die Frage der Sicherheit drehen. Diese eine Frage ist das Thema aller Redner, die den Widerstand gegen jeden ernsten Schritt zur Abrüstung beschönigen und rechtfertigen sollen. Immer wieder wird erklärt, daß die Waffe die einzige wirkliche Sicherheitsbürgschaft sei; was sonst an Schutzmitteln bestehe, sei es der Ligapakt, seien es Abkommen wie die von Locarno, sei an sich wohl wünschenswert, aber nicht derart greifbar, daß eine Einschränkung der Kriegsmittel gerechtfertigt wäre. Dieses Lied singe man in Genf, Tagung aus, Tagung ein, in allen Tonarten. Auch der weltfremdeste Pazifist könne heute, wenn er über den in Genf herrschenden Geist unterrichtet ist, nicht mehr daran glauben, daß auf der Grundlage der gegenwärtigen Machtverhältnisse jemals einer der Siegerstaaten in einem erheblichen Ausmaß seine Rüstungen einschränken werde. Es sei keine Aussicht vorhanden, daß die Staaten, auf die es ankommt, Frankreich, Italien und deren Bundesgenossen, freiwillig auf einen wesentlichen Teil ihrer militärischen Widerstands- und Angriffskraft verzichten würden.

Die Einleitung zum Teil V des Versailler Vertrages verspreche eine Begrenzung der Rüstungen nach der deutschen Entwaffnung und der Artikel 8 des Ligapaktes sage, daß die Erhaltung des Friedens die Vereinbarung der Rüstungen auf den niedrigsten mit der nationalen Sicherheit in Einklang stehenden Stand erfordere. Auch die Mantelnote Clemenceaus vom 19. Juni 1919 erkläre eindeutig, daß die Verbündeten dann, wenn Deutschland entwaffnet sei, in voller Sicherheit abrüsten können. Als aber Graf Bernstorff im September v. J. in der Völkerbundversammlung auf diese Texte hinwies, erwiderte ihm der französische Delegat Paul Boncour hochmütig und ohne Widerspruch seitens der anderen Delegaten, das seien Schriftstücke aus vergangener Zeit und heute liegen die Verhältnisse anders. Dies könne nicht anders ausgelegt werden, als daß die besiegten Staaten sich damit abfinden müssen, allein die Abgerüsteten und Wehrlosen zu bleiben.

Die deutschen Wahlen. Im Zeichen der bevorstehenden Wahlen stand die letzte Woche des Reichstags, der am Samstag sein Ende fand. In die langatmigen Etatsdebatten drängte sich die Politik, die einzelnen Parteiführer suchten die jeweilige Lage für ihre Fraktion auszuschlachten, um dann wieder einmal als „Retter des Vaterlands" vor die Wähler treten zu können.

„Politisch Lied, ein traurig Lied," doch es erschallt bereits an allen Ecken und Enden, in den Hallen des Parlaments, wie in den Versammlungslokalen des ganzen Reiches. Besonders ist es auch das Fiasko der am Samstag in Genf zu Ende gekommenen letzten Tagung der vorbereitenden Abrüstungs-Konferenz, das nach allen Seiten hin besprochen wird. Angesichts der herrschenden Stimmung über die andauernden negativen Resultate dieser Abrüstungsverhandlungen unter der Aegide des Völkerbundes dringt hier die Ansicht mehr und mehr durch, daß eine wirkliche Abrüstung der Völker noch in weiter Ferne steht, daß Deutschland und die im Krieg mit ihm verbündet gewesenen Länder die einzigen bleiben werden, die wehrlos wurden, während das ganze übrige Europa in Waffen starrt. . .

Die Neuwahlen für den Reichstag sind durch Regierungsdekret offiziell auf Sonntag, den 20. Mai, angesetzt worden.

Deutsche Aerzte und Kolonien Die Deutsche Kolonialgesellschaft und verwandte Körperschaften dringen darauf, daß aus humanitären Gründen die von den Alliierten nach dem Kriege verfügte Einreisesperre für deutsche Aerzte in die ehemaligen deutschen Kolonien aufgehoben werde. Sie haben eine gemeinsame Petition an die Reichsregierung gesandt, die sie ersuchen, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die auch von den Mandatsmächten zugegebene Tatsache zu lenken, daß in diesen Gebieten Malaria, Schlafkrankheit, gelbes Fieber, Tuberkulose und andere Erkrankungen in schreckenerregender Weise zugenommen haben und ein Aerztemangel besteht.

Wie die Petition erklärt, haben kürzlich gemachte deutsche Entdeckungen zur Bekämpfung der Schlafkrankheit, Dysenterie und Malaria Deutschland in die erste Reihe der Kämpfer gegen Tropenkrankheiten gebracht, und diese Heilmittel sollten daher den Tausenden von Leidenden in den Mandatsgebieten zugänglich gemacht werden.

Unruhen in Kärnten. Am Freitag Abend haben ungefähr 700 Angehörige des Republikanischen Schutzbundes von Oesterreich und der bürgerlichen Heimwehr in Feldkirchen, Kärnten, sich ein regelrechtes dreistündiges Gefecht geliefert, dem erst von herbeigerufenem Militär ein Ende gemacht wurde. Die Verluste auf beiden Seiten betragen insgesamt 23 Schwerverletzte, die in ernstem Zustande in Hospitäler überführt wurden, und zahlreiche Leichtverletzte. Außerdem ist die größte Versammlungshalle von Feldkirchen völlig demoliert und das Nasenbein des Bürgermeisters der Stadt gebrochen.

Die Behörden haben energische Maßregeln ergriffen, um die beiden Parteien auseinander zu halten, da man befürchtet, daß neuerliche Unruhen den Umfang eines Bürgerkrieges annehmen könnten. Als Entstehungsursache des Gefechtes geben die Zeitungen an, daß Mitglieder der Heimwehr in eine Versammlung der Schutzbündler eindrangen, die sich dann widersetzten, worauf die Heimwehr die Halle gewaltsam zu räumen versuchte. Die Schutzbündler drehten darauf das Licht in der Halle ab, wonach sich der Kampf auf der Straße fortsetzte. Beide Parteien holten telephonisch Verstärkungen heran und die Polizei wurde immer machtloser, bis man schließlich eine Truppenabteilung alarmierte, der es gelang, den Kampf zu unterdrücken.

Oesterreichs Not. Der österreichische Bundespräsident Dr. Michael Haenisch hat, wie die „Neue Freie Presse" berichtet, erklärt: „Ich bin völlig überzeugt, daß Oesterreich nicht weiter leben kann, es sei denn, daß seine derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigt würden." In Begründung dieser pessimistischen Auffassung hat Hainisch auf das riesige Handelsdefizit, die stilliegenden Fabriken, die ungeheure Zahl der Arbeitslosen, das Fehlen aller natürlichen Hilfsquellen und auf Oesterreichs Verlust ausländischer Märkte hingewiesen.

Nach Bericht der Zeitung hat der Bundespräsident seinen Ausführungen hinzugefügt: „Die Habsburger sind endgültig und für immer abgetan und ich bin absolut sicher, daß eine Monarchie in Oesterreich nie wieder errichtet werden wird, selbst wenn die Habsburger wieder auf dem Thron unseres Nachbarlandes Ungarn sitzen sollten."

Ungarn und Rumänien Ungarische Zeitungen brachten Berichte, daß zwei Ungarn, von denen einer später an erlittenen Schußverletzungen starb, von der rumänischen Grenzpolizei verhaftet und nach Großwardein abtransportiert wurden. Die Berichte besagen, daß fünf Ungarn in der Nähe von Bereg Baszormeny Holz sammelten, als plötzlich eine Anzahl von rumänischen Grenzpolizisten erschienen und zu schießen begannen, woraufhin die Ungarn die Flucht ergriffen. Zwei von ihnen wurden jedoch verwundet und verhaftet, von denen einer dann später seinen Verletzungen erlegen ist.

Die Berichte sind nicht ganz klar, ob die Ungarn unwissentlich die Grenze überschritten oder nicht, doch sind die Zeitungen entrüstet und verlangen Genugtuung seitens der rumänischen Regierung und strenge Bestrafung der Schuldigen.

Hungersnot in Bulgarien Bestimmte Gegenden Bulgariens werden von einer Hungersnot bedroht, die dem außerordentlich langen und strengen Winter zuzuschreiben ist. Viele Teile des Landes haben noch immer Frost, der die Wintersaaten gefährdet. In vielen Gegenden sind die Wintervorräte aufgebraucht, so daß das Volk zur Benutzung des zur Frühjahrsaussaat zurückgelegten Getreides greift. Die Regierung hat Lebensmittel nach den betroffenen Gegenden entsandt. Die Getreidepreise sind in den letzten Wochen ganz beträchtlich gestiegen.

Polnisch-litauische Konferenz. Auf neutralem Gebiet, in Königsberg, traten im Laufe letzter Woche Vertreter Polens und Litauens zu einer Konferenz zusammen, um zu versuchen, wieder normale Zustände zwischen den beiden Ländern herzustellen. Die derzeitigen Schwierigkeiten datieren bis zum 9. Oktober des Jahres 1920 zurück, an welchem Tage die Polen sich mitten im Frieden in den Besitz Wilnas setzten. Königsberg wurde als Sitz der Konferenz erkoren, weil die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern immer noch unterbrochen sind, und eine Zusammenkunft deshalb weder auf polnischem noch litauischem Boden stattfinden konnte. Auf der Konferenz wird der Versuch gemacht werden, die Friedenserklärung, die in der Dezembersitzung des Völkerbundrates in Genf von General Pilsudski namens Polens und von Premier Woldemaras gemacht wurde, in konkrete Form zu kleiden. Durch jene Friedenserklärung wurde damals den drohenden Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern, die ganz Europa in Atem hielten, vorgebeugt.

Poincares Wahlprogramm. In einem riesigen scheunenartigen Schuppen, wo vor 10 Jahren die Scharen der amerikanischen Mitkämpfer im Weltkriege für den Dienst an der Front eingeübt wurden, hielt Premier Poincare die erste Rede für die am 22. April stattfindenden Parlaments-Neuwahlen. In seiner Ansprache vor einer Versammlung von ungefähr 5000 Wählern gab der Premier einen Rückblick auf die Errungenschaften seiner Regierung seit 1926 und erklärte in deutlichen Worten, „keine Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen" sei seine Finanzpolitik, und eine unverzügliche Steuerherabsetzung wäre nicht zu erhoffen. Mit Nachdruck fügte er hinzu: „Wenn Ihr glaubt, daß wir auf dem unrechten Wege sind, dann weist uns nächsten Monat zurück, denn wir beabsichtigen, die gleiche Politik auch künftighin zu befolgen."

Von dem Redner kam nicht die geringste Andeutung von etwaigen Plänen für Stabilisierung des Franc zum gegenwärtigen Kurs oder Aufwertung auf Goldbasis. Er bemerkte nur, eine feste Parlamentsmajorität sei notwendig, um die Verwirklichung des Finanzprogramms zwecks Besserung der Geldlage und „ein Aufgeben der zwangsweisen Devisenrate sowie die schließliche Umwandlung von Papiergeld in Gold, ohne zu viele Risiko und gefahrvolle Erschütterungen des wirtschaftlichen und finanziellen Aufbaus des Landes herbeizuführen."

Die Versammlung brachte dem Premier zum Schluß seiner Ansprache eine lebhafte Huldigung dar.

Amerikanische Rüstung. Das Haus in Washington nahm das größte Jahresbudget für das Marineamt seit der Washington Konferenz über Flotten-Beschränkung an. Der Entwurf, der an den Senat geht, enthält $359,000,000 oder um rund 20 Millionen mehr als die laufende Bewilligung. Die Beratung der Vorlage war bemerkenswert durch eine Forderung von La Guardia, Republikaner aus New York, auf sofortige Entfernung amerikanischer Seesoldaten aus Nikaragua sowie durch eine Diskussion von Kontrakten für zwei Lenkballons, welche der Kongreß vor mehreren Jahren bewilligte. Sekretär Wilbur sagte, es werden neue Angebote für die Luftkreuzer verlangt. Die Lenkballons wurden nach dem Shenandoah-Unglück genehmigt, im letzten Jahr bewilligte der Kongreß $200,000 zum Beginn der Arbeiten. Die Lenkballons können je fünf Aeroplane befördern. Sie haben Maschinen, um die Flugzeuge abzulassen und zu landen, während die Luftfahrzeuge im Flug sind.

Amerikanische Arbeitslosigkeit. Der amerikanische Arbeitssekretär Davis berichtete dem Senat, daß die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten zur Zeit wohl „ernst, aber nicht so ausgedehnt oder kritisch sei, wie die verbreiteten Schätzungen behaupten." Der Resolution des Bundessenates Folge leistend, die seinerzeit auf Antrag des Senators Wagner, Demokrat von New York, angenommen worden war, gab der Arbeitssekretär einen vollständigen Ueberblick über die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Er erklärte, daß nach den von seinem Departement vorgenommenen Ermittlungen gegenwärtig in den Vereinigten Staaten 1,871,050 Leute arbeitslos seien. Als Vergleichsjahr wurde 1925 angenommen, weil in jenem Jahre die Beschäftigung in allen Industrien im großen und ganzen normal und keine allgemeine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. In dem Bericht wird angeführt, daß die Zahl aller Erwerbstätigen im Lande jetzt auf 23,348,692 geschätzt werde gegen 25,222,742 im Jahre 1925. Es sind daher zur Zeit 7.43 Prozent weniger Leute beschäftigt als vor drei Jahren.

Der Rückgang der Beschäftigung begann im April 1927 und hielt bis zum Januar dieses Jahres an. Die jetzt verfügbare Beschäftigungsstatistik für Februar zeige, daß in diesem Monat eine Besserung der Lage eintrat.

Münzreform in Brasilien. Die durch das Münzreformgesetz vom 18. Dezember 1926 in Brasilien eingeführte neue Münzeinheit, der Cruzeiro, ist jetzt geprägt worden und soll in der nächsten Zukunft in den Verkehr kommen. Damit wird eines der umständlichsten Münzsysteme der Welt abgeschafft werden. Die jetzige Münzeinheit, die aus Portugal übernommen wurde, ist Reis, eine Einheit, die so klein ist, daß sie eigentlich nur theoretisch besteht. Man rechnet in Brasilien schon lange nach Portugals Beispiel in Milreis und Kontos, mit dem Ergebnis, daß man sich mit sehr hohen Zahlen abschleppen mußte, die den Rechenverkehr außerordentlich erschwerten. Ein Konto ist einer Million Reis oder 1000 Milreis gleich und stellt den Wert von etwa $120 dar. Die kleinste Einheit, die heute noch im Verkehr ist, sind 100 Reis. Vor dem Krieg war ein Milreis ungefähr 54 Cents wert, jetzt ist sein Wert auf 12.02 Cents gesunken.

Dieses verwirrende Münzsystem wird jetzt durch ein einfaches Dezimalsystem ersetzt. Der Cruzeiro, der gleich 100 Centesimo ist, stellt eine Goldmünze von 900/1000 Goldwert dar. In welchem Verhältnis der Cruzeiro zu der alten Währung stehen wird, ist bisher noch nicht bekannt geworden, aber man nimmt an, daß er dem Wert von zehn Milreis gleichkommen wird.

Neutralität der Dominions Im südafrikanischen Parlament wurde von Premier Hertzog betont, Südafrika habe das Recht, neutral zu bleiben, wenn England im Kriege sei. In weiterer Ausführung sagte Hertzog, die Erklärung von General Smuts vor dem Hause am 15. März, in welcher die Stellungnahme des Premiers in der Neutralitätsfrage scharf gerügt wurde, sei dahin zu deuten, daß die Reichskonferenz aufgefordert werden sollte, bestimmt zu sagen, ob Südafrika das Recht habe, neutral zu bleiben. Nach Bestätigung der Unabhängigkeit und Freiheit von Südafrika folge auch das Recht, neutral zu bleiben, wie der Tag der Nacht. Ausdrücklich betonte er, in seiner früheren Erklärung vor dem Hause, daß das Recht einer britischen Dominion auf Neutralität gesetzlich und rechtlich nicht zurückzuweisen wäre, habe er einfach das Recht, neutral zu bleiben, behandelt und absichtlich eine Erörterung der Neutralitätsfrage an sich ausgeschlossen.

General Christian Smuts, der frühere Premier, und Wehrminister Cresswell, Arbeiter-Mitglied der Regierung, sprachen gegen Hertzogs Auffassung. Schließlich wurde der Bericht über die Resolutionen der britischen Reichskonferenz einstimmig angenommen.

General Smuts vertrat den Standpunkt, daß „derselbe König nicht im Krieg und im Frieden in demselben Reich sein könne". Die Neutralitätsfrage sollte nur akademisch behandelt werden. Wehrminister Cresswell erklärte, er könne nicht verstehen, wie Südafrika oder irgendeine andere Dominion neutral zu bleiben wünsche, wenn England im Kriege sei.

Canada und Aegypten

Premier Mackenzie King erklärte im Unterhaus, Canada habe zu erkennen gegeben, daß es keinen Vertrag, der militärische Sanktionen und militärische Verbindungen enthalte, wie er jüngst zwischen Großbritannien und Aegypten abgeschlossen wurde, anerkennen würde. Die britische Regierung soll nach seiner Angabe diese Erklärung angenommen haben.

In Erläuterung seiner Erklärung führte Premier Mackenzie King aus, daß während der letzten Monate, als die Vertragsverhandlungen zwischen England und Aegypten schwebten, die Regierung befragt worden sei, ob sie sich einem derartigen Vertrage anschließen wolle. Die Bedingungen dieses Vertrages enthalten militärische Sanktionen und ähnliche militärische Verbindungen zwischen Staaten vor. Man erwartete Antwort. Sie lautete dahin, daß das Parlament von Canada kaum einen derartigen Vertrag anerkennen werde, soweit Canada selbst in Frage komme. Damit ist gesagt, daß England und Aegypten zwischen sich Verträge abschließen mögen, aber Canada fühlt sich nicht in der Lage, anzuerkennen, daß sein Anschluß an ein derartiges Uebereinkommen im Interesse des britischen Inselreiches oder im Interesse eines dauernden Friedens gelegen sein kann.

Rom und Südtirol.

In den meisten Kirchen Oesterreichs wurde in den Predigten auf eine von der amtlichen österreichischen Telegraphenagentur aus Rom berichtete Unterredung des Papstes mit dem Wiener Kardinal Piffl über die Südtirol-Frage Bezug genommen und alle Zeitungen bringen hierüber Kommentare.

In dieser Unterredung hat der Papst sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Versuche, die Regierung Mussolinis zu einer Aenderung ihrer Politik Südtirol gegenüber zu veranlassen, fehlschlugen. Nach dem offiziellen Bericht sagte der Papst, er habe alles in seinen Kräften getan, aber er sei machtlos, weiter zu gehen und befürchte, daß irgendein weiterer Schritt, den er versuchen wollte, die Lage nur verschlimmern anstatt bessern würde. Er sorge wie ein Vater für alle seine Kinder.

In ganz Oesterreich wird mit großer Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Papst diese heikle Angelegenheit in seinem Gespräch mit Kardinal Piffl berührte und daß er die Veröffentlichung seiner Aeußerungen erlaubte.

Besondere Bedeutung wird der nachstehenden Erklärung des Papstes beigelegt:

„Ich bedauere, daß deutsche und österreichische Katholiken annahmen, daß ich der Frage des Religionsunterrichtes in der Muttersprache irgendeines Volkes gleichgültig gegenüberstehe. Aber ich bin nicht frei. Das Verhältnis zwischen der Kirche und dem Staate in Italien ist noch genau so, wie es im September 1870 war.

„Ich werde auch in der Zukunft alles in meinen Kräften Stehende tun, ich werde fortfahren für die Südtiroler zu beten. Zur gleichen Zeit müssen wir aber darauf vorbereitet sein, noch eine Verschlimmerung der Zustände zu erleben, ehe es besser werden wird."

In ganz Oesterreich ist man der Ansicht, daß die Veröffentlichung dieser Erklärung des Papstes der Südtiroler Frage einen internationalen Charakter gibt, den Mussolini ihr bisher stets absprach.

— Das ist eben der Vorzug des germanischen Charakters unter allen übrigen, daß er seine Befriedigung in der eigenen Anerkennung des eigenn Wertes findet und kein Bedürfnis nach Prestige, Herrschaft und Vorrecht hat, daß er sich selbst genügt!

Bismarck am 1. April 1895.

— Ich muß die Welt wie ein Schachbrett betrachten und sehen, wie ein Ereignis irgendwo, direkt oder indirekt, die deutschen Interessen berühren kann.

Bismarck in Poschingers „Neue Tischgespräche und Interviews".

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada"!